

## Marginalien zur Interpretation einer Campagne

Der Auftakt zur Fahndungswelle nach »Meinhof, Baader und Genossen...« und damit zur Bandenhysterie wurde von der Politischen Polizei Westberlin gegeben, deren Lage-Bewußtsein auf eine Anzahl berlinspezifischer Faktoren zurückzuführen ist, die hier nicht interessieren. In der BRD gerieten Fahndungen, Hausdurchsuchungen usw. in den Sog widersprüchlicher Konstellationen<sup>1</sup>; im Kontext übergreifender politischer und ökonomischer Interessen und ihrer Widersprüche hat das Sich-einschießen auf Linke seit dem 27. Januar wohl einen *Motivwechsel* erfahren. So konnte der Innenminister der Bundesrepublik im Zusammenhang mit der Zentralisierung der Fahndung darin eine Chance gesehen haben, Weichen für eine Organisation von Polizeikräften nach dem FBI-Modell der Vereinigten Staaten zu stellen, obwohl sein law-and-order-Geschrei auch innerparteiliche Aspekte haben mag.<sup>2</sup> Für CDU/CSU-Politiker und für einige Verbände und Interessengruppen des rechten Lagers setzte die Springer-Presse (und ihr Informant: Verfassungsschutz) »Weihnachtsbäume«, um einen Ausdruck aus dem Luftkrieg zu verwenden: ein Signalement für die Aktualisierung und Präzisierung konterrevolutionärer Macht, der Gegner wird markiert. Jedermann bemerkt ja, daß seit etwa 4 Wochen dort von »Marxisten« gesprochen wird, wo man früher sich des vorurteilsstärkeren Begriffs »Kommunist« bediente; es sind nun *Marxisten*, die in die Schußlinie prokapitalistischer und konservativer Angriffe geraten. Für Herrn Dregger (CDU), der eine verbale Komplettierung des neuen Feindsyndroms liefert, sind sogar *Sozialisten* von vorneherein verfassungsfeindlich oder -widrig. Während die Rechte die Gefahr der Weimarer Republik gewesen sei, habe für die von Bonn die Linke als »Staatsfeind Nr. 1« zu gelten. Kurz: Bot die Fahndung dem Innenminister eine Chance, föderative Momente der Polizei-Organisation zu schwächen und seiner Partei eine kleine »law-and-order«-Basis zu geben, so der CDU/CSU und ihren Hintermännern den Anlaß, ihr Pluralismuskonzept als das zu profilieren, was es seiner Intention nach immer war: die Fortführung der nationalsozialistischen Sitte, den »Volkskörper« von Marxismus und Sozialismus zu reinigen.

Weil auch Schlechtes *noch* schlechter werden kann, muß es mit Sorge erfüllen, daß die SPD diesen terroristischen Duktus aufgreift – nicht nur in den sog. Unvereinbarkeits-Beschlüssen, sondern gerade sprachlich in der Angleichung an die »Marxisten«-Attacke der Rechtsparteien: Wenn in der SPD eingeräumt wird, auch Marxisten könnten Mitglieder der SPD sein, so stehen neue Varianten eines »Ermächtigungsgesetzes« vor der Tür. Gewiß: Das Reformkabinett geriet mit einigen seiner Vorschläge, die man realistisch und besonnen nennen darf<sup>3</sup>, in den *roll-back* autoritativ-nationalistischer Gesinnungen, der sich seit langem ankündigt und nun, etwa seit einem Jahre, in breiter Front zurückdrängen oder exmitieren will, was einer Refaschisierung der BRD Widerstand zu leisten vermöchte. Aber beklemmender ist, was innerparteilich sich abspielt. Seitdem sich gezeigt hat, daß die Jusos zwar Randgruppen der studentischen Protestbewegung teilweise zu integrieren vermögen, diese partielle Integration sich aber in den Wahlergebnissen nicht ausgezahlt hat, mußten sich die Spannungen zwischen rechten

<sup>1</sup> Die gespaltene Presse mit je gespaltenen Beziehungen zur Kripo, zum Verfassungsschutz, zum Innenministerium, die Querelen zwischen einigen Länderministern und der Sicherheitsgruppe Bonn usw. verweisen ja wohl z. T. auf solche.

<sup>2</sup> Er präsentierte sich zugleich als Koalitionspartner für CDU und CSU. Vgl. hierzu bestimmte Äußerungen im Bayernkurier und in den Aschermittwochs-Reden von Strauß.

<sup>3</sup> Ostverträge, Strafrechtsreform, namentlich Scheidungs- und Sexualstrafrecht.

und linken Flügeln der SPD verschärfen. Das Berliner Beispiel, d. h. die Technik der »Rechten«, die »Linke«, soweit sie emanzipative Ansätze zeitigt, aus der Partei herauszutreiben und zu kriminalisieren, soll offensichtlich *der* Stil der SPD (als Gesamtpartei) werden. Zugleich ist die »Linke« in einigen Bezirken der BRD zu stark, als daß sie so ganz leicht zerstört, diszipliniert, ausgeschlossen werden könnte. Der *Rechtsruck* der Regierungspartei bringt sie also in Situationen, in denen die Rechte (CDU, CSU usw.) sich viel besser zu organisieren weiß und handlungsfähiger bleibt. Von Refaschisierungstendenzen mitgerissen, bleibt der SPD zur Zeit nur, hinter dem Feldgeschrei gegen die »extreme Linke« außerhalb der Partei ihre Verlegenheit darüber zu verbergen, was sie mit der Linken innerhalb der Partei anfangen und wie sie sich mit der Refaschisierung arrangieren soll. Der sehr schwächlich geführte Kampf gegen die Rechtsradikalen außerhalb der »staatstragenden« Parteien reflektiert, wie hilflos die SPD gegen die Rechte innerhalb den eigenen Reihen geworden ist.

So muß die »extreme Linke«: Mahler, Baader, Meinhof, Proll, müssen Marxisten, Sozialisten und »rote Zellen« als Popanz aufgebaut werden, damit die Schwäche des politischen Staats gegenüber dem konservativsten Flügeln des Kapitals, damit die Schwäche der Regierungsgewalt gegenüber den Zerfallsprodukten der NPD: der »Aktion Widerstand«, den Freundeskreisen der CSU usw. und gegenüber der CDU/CSU selbst nicht offen sichtbar wird. Fahndungersuchen und Bandenhysterie werden allseits dazu verwendet, um vom *wirklich* Gefährlichen abzulenken. Insofern muß hinter dem Anlaß: der Abwehr konspirativer Bemühungen einiger Personen (Meinhof, Baader usw.) das gesehen werden, was ungeachtet der in weiten Bereichen noch erhaltenen Rechtsstaatlichkeit der BRD das Fürchten lehrt – eine Refaschisierung, für die seit einigen Jahren ein vorlaufend entwickeltes Repressions-Instrument zur Verfügung steht, die Notstandsgesetzgebung.<sup>4</sup>

Psychologisch betrachtet: Freunde wie Feinde der SPD/F.D.P.-Koalition können sich anlässlich der Baader-Fahndung auf »Linksextreme« einschließen, d. h. auf *Marxisten*, wobei die einen hinterhältig einen Angriff auf die *SPD* führen (also in der sog. Baader-Gruppe und den »honorigen Kreisen« letztlich einen Sack schlagen, aber den Esel meinen), die anderen dagegen sich vom Angriff auf CDU/CSU drücken (also den Sack schlagen, weil der Esel *sie* schlägt). Unter der dichten Decke von Zwiespälten, Verschiebungen, Spannungen usw. mögen sich dann zusätzlich Teil-Interessen durchsetzen: irgendein Verfassungsschutz- oder Parteiamt, das Renate Riemeck oder einigen Frankfurter Linken bei dieser Gelegenheit alte Rechnungen aufmacht, irgendeine CDU-Stelle, die Peter v. Oertzen (oder Peter Brückner) den Garaus machen möchte. Aber der Kampf der Konservativen und Reaktionäre gegen die SPD hat eben eine gemeinsame Strecke mit dem Kampf der SPD-Rechten gegen linke Tendenzen in der SPD – in allen diesen Mächtigkeitsgruppen muß seit langem eine Bereitschaft bestehen, mit der marxistischen oder »Neuen Linken« endgültig aufzuräumen. Schließlich wird sie ja im Zusammenhang mit einer künftigen multinationalen Kooperation von Arbeiter-Interessen befürchtet; die USA braucht freie Hand in Europa, das Finanzkapital, aber auch die US-Armee. Noch die Tendenz, das westliche Europa zum Satelliten multinational organisierter Kapitalisten und der US-Army zu machen, muß den Kurs gegen die nicht-affirmative Linke verschärfen. Wir haben aus dem Geschrei über »Banden« und angeblich hochkriminelle

<sup>4</sup> Die sich wiederum eine umfassende Tendenz zur Rückkehr roher Gewaltförmigkeit in die Politik der bürgerlichen Gesellschaften eingliedert.

Linksextreme, deren Personalunion mit »Marxisten«, mit »Sozialisten« schlechthin der Öffentlichkeit gerade eingehämmert wird, ein weiteres zu lernen: Der Gedanke des Sozialismus darf ebensowenig wie die Theorie des Marxismus salonfähig werden. Schon die *Ideen* müssen mit einem Hof von Kriminalisierbarkeit versehen werden, um jene Gefahren abzuwehren, die von vielen Verfassungen parlamentarischer Demokratien noch nicht zureichend abgewehrt werden – wie die Vergesellschaftung von Produktionsmitteln, von städtischem Grund und Boden usw. Wenn Dregger und andere Exponenten der Konterrevolution den »Niedergang der Staatsuniversitäten« beklagen und Bankiers an die Nützlichkeit von Stifter-Universitäten und Privatschulen erinnern, so ist dies zwar auf das Banden-Geschrei von Einfluß, ist aber gewiß nur *ein* Bestandteil umfassender Bemühungen: des Großkapitals und seiner Filialen, die den Gedanken des Sozialismus endgültig unter dem Scherbengericht des Antikommunismus begraben wollen; der SPD, damit sie – ungestört von klassenemanzipativen Tendenzen – spätkapitalistische Gesellschaften »reformieren« kann. Daß Großkapital und SPD ihre eigenen Totengräber sind, kann nur Zusammenbruchstheoretiker flüchtig beruhigen: die blutige Spur kapitalistischen »Krisen-Managements« reicht von Rosa Luxemburg und den Konzentrationslagern oder Zuchthäusern des europäischen Faschismus bis zum Attentat auf Rudi Dutschke und der gegenwärtigen Aktualisierung antimarxistischer Gewaltförmigkeit.

Meinhof, Baader usw. bilden also den *Anlaß* dafür, längst bereitliegende Abwehrsysteme gegen die Linke einzuklinken. Das alte agitatorische Kunststück, den Gegner zugleich als urböse, mächtig, gefährlich *und* als schwach, als Minderheit usw. darzustellen, wird wieder aufgeführt. Die Verfolger sollen zugleich als Verfolgte fühlen – das erst macht sie manipulierbar und wirklich gefährlich. Und wir, die Verfolgten? Wie die *Rechte* die Baader-usw.-Aktivitäten rezipiert, ist in den vergangenen Wochen deutlich geworden. Gibt es eine Rezipierung auch auf der Seite der »Linken«?

Peter Brückner